

NEWSLETTER VEREIN DER IN DER DDR GESCHIEDENEN FRAUEN

Liebe vom Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e.V., liebe Unterstützer*innen,

Berlin/Gera 25.01. 2018

Priorität hat weiterhin die Ansprache der Abgeordneten im Bundestag seitens Ihrer IGs (Städte-Initiativgruppen) hinsichtlich der Präzisierung der Lösung gemäß der UN-CEDAW Forderung.

Ab morgen, Freitag beginnen die **Koalitionsgespräche**. Es kann davon ausgegangen werden, dass SPD Abgeordnete mit höheren Parteiämtern, wie Frau Staatsministerin Köpping (Sachsen) oder die Sächsische Generalsekretärin der SPD und MdB Daniela Kolbe das Thema des 'Gerechtigkeitsfonds' weiter in den Verhandlungen stärken wollen. Sicherlich bringen die von den IGS (Halle, Magdeburg, Brandenburg, Ilmenau, Dresden, Leipzig, Gera) angesprochenen so eingebundenen SPD- wie CDU-Bundestagsabgeordneten sich einsetzen werden: denn alle wissen, der Unzufriedenheit in den neuen Bundesländern muss etwas substantielle geboten werden, schon im Sondierungspapier stand, die Formel von der 'Anerkennung der Lebensleistung',- was sich nicht allein auf Sie, die in der DDR geschiedenen Frauen (allein) bezieht.

Übermorgen, am Samstag, 27. 01. diskutiert die Magdeburger Gruppe im [Universitätscampus Magdeburg](#) auf dem Podium mit Studierenden zur Ost-West-Problematik: a. Was hätte 1990/1991 anders und besser laufen können und sollen? Und b. Was sollte heute getan werden?

AKTUELL FERNSEHEN

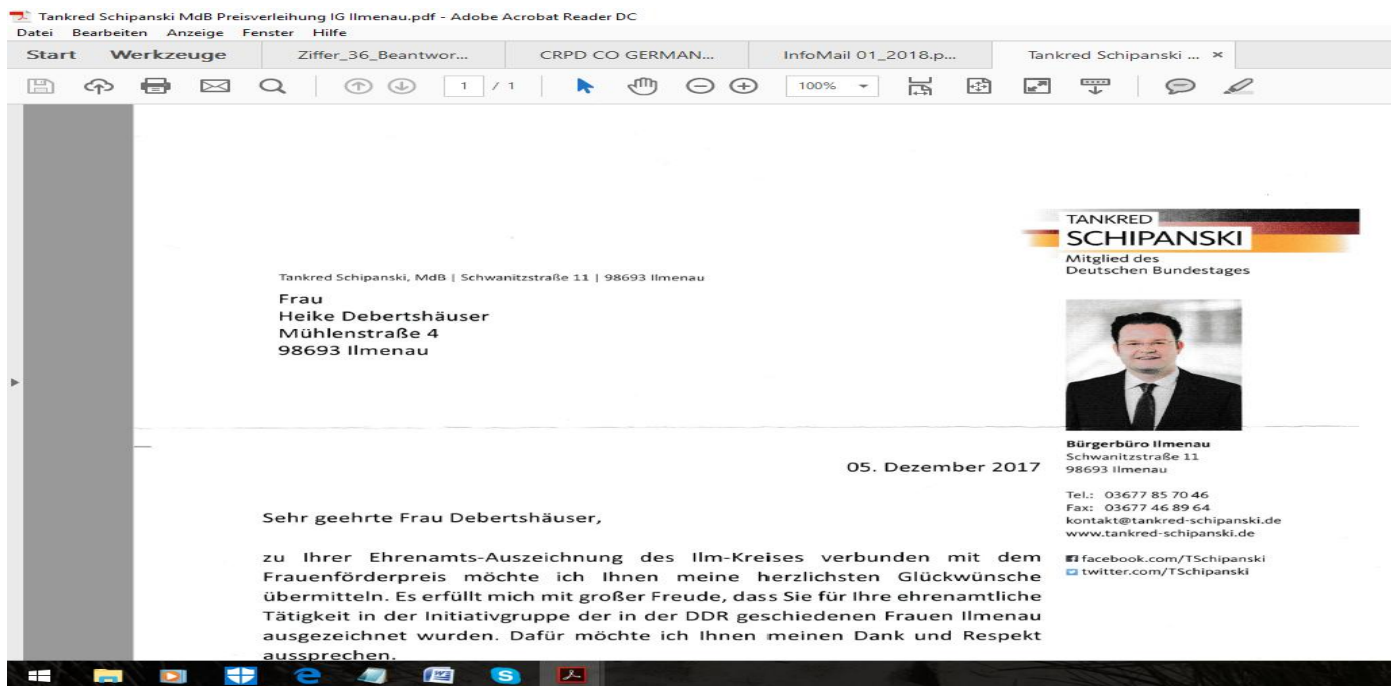
Ein ZDF-Beitrag seitens Frau Schaefer, Redakteurin des ZDFs, nun im Hauptstadtstudio ist in Arbeit. Hanna Kirchner, Magdeburger IG, berichtet, dass sie und die Gruppe am **MONTAG, 29. Januar 2018 im Funkhaus des MDR sein werden, um in der Sendung FAKT ist um 22:05 Uhr** zum Thema Altersarmut dabei zu sein, zu sprechen.

Die **Pressemitteilung** des Vereins vom 15. Januar forderte eine Konkretisierung der Lösung und Detail seines Ausgleichsfonds. Sie ist angekommen, ich habe nachgehört, bei Abgeordneten und in den Medien. Eine ZDF Redakteurin ist dabei zu schauen, ob sie etwas für zdf-heute machen kann.

Es gab besorgte Stimmen, dass die SPD-Fondslösung, die Anhörung und die ggf. gemeinsam geplanten Proteste mehrerer Gruppen (EisenbahnerInnen, SportlerInnen, TänzerInnen) schädlich für Ihr Anliegen sei, da man Sie fälschlich über einen Kamm schere. Dazu kann ich nur sagen, dass den relevanten AkteurInnen klar ist, dass Sie keine (!) Berufsgruppe sind und es bei Ihnen nicht um versprochene Sonderleistungen geht, sondern bei Ihnen um eine andere Konstellation des Unrechts betreffend der Nichtanerkennung von Rentenregelansprüchen geht.

Ich hoffe, dass Sie alle, je nach Ihrem Leistungsvermögen und Kontakte weiter die Abgeordneten ansprechen, und zwar nu gezielt der Parteien, die verhandeln. Die anderen sollten dann auch immer zur Kenntnis die Informationen erhalten. Das sollte ganz parteiübergreifend stattfinden.

Ein schönes Mittel, Ihren Anliegen Aufmerksamkeit zu verschaffen ist eine Preisverleihung. Es wurden ja schon bisher einige der IGs ausgezeichnet. Die gute Nachricht ist, dass im Dez. 2017 die **Initiativgruppe der in der DDR geschiedenen Frauen in Ilmenau** den "**Frauenförderpreis des Ilm-Kreises für herausragende Leistungen von und für Frauen**" erhielt. Die Urkunde erging mit Gratulationen u.a. des MdB Tankred Schipanski (CDU) an die Sprecherin, Frau Debertshäuser.



Der Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e.V. gratuliert den Ilmenauerinnen und hofft, dies verleihe dem Anliegen Kraft,-und ermutigt die Bundestagsabgeordneten T. Schipanski und A. Weiler u.v.m. aus der CDU, sich nun für eine Lösung im Koalitionsvertrag einzusetzen.

2

Die Hallenserinnen sprachen mit den MdBs Christoph Bernstiel (CDU) und K. Diaby (SPD). Der postete bei Facebook das Folgende: [Dr. Karamba Diaby](#)- 23. Januar um 17:00 ·

Bei einem Treffen mit Vertreterinnen des "Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen e. V." wurde mir unter anderem das Buch von Christina Seidel "Mütter Ohne Wert: Scheidung in der DDR - Frauen berichten" herzlich empfohlen. Gemeinsam besprachen wir die Problematik der in der DDR geschiedenen Frauen, die noch immer keinen Versorgungsausgleich erhalten.

Das Problem ist mir bereits aus einigen vorhergehenden Gesprächen und Besuchen betroffener Frauen im Deutschen Bundestag bekannt. Wir werden auch weiterhin das Gespräch mit unseren Fachpolitiker*innen dazu suchen.



Die Magdeburgerinnen wollen erneut mit MdB T. Sorge (CDU) und anderen MdBs reden.

Das aber ist nur, was ich mir aufgeschrieben habe,- alle anderen mögen es nicht krumm nehmen, wenn ihre Gespräche hier nicht gelistet werden, die sie führen. Alle sind zurzeit sehr aktiv.

Der **Vorstand** des Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen e.V. tagte am 11. 01. : Mitte/ Ende Februar wird ein Rundbrief an die Mitglieder gesendet; Mitte Febr./Anfang März zu einem oder mehreren Treffen mit den IG-Sprecherinnen einladen (z.B. je aus 2-3 Bundesländer). Es freut alle, dass sich Frau Staack und Frau Blaut sowie andere, die sich eine Weile zurückgezogen, oder jetzt erst eintreten, dem Verein mit substantiellen Anmerkungen zur Lösung und den Forderungen gemeldet haben und dem Verein mit ihrer Fachkenntnis zur Seite stehen. **Die Registrierung** mit den Fragebögen wird weiter betrieben,- auf das Vorhandensein wurde auch im Bundestag hingewiesen. Die **Liste der IGs** ist aktualisiert worden, sie ist auf der Webpage des Vereins zu finden. Frau Scheer macht die Mitgliederverwaltung. Am 05. 03. ist die nächste Vorstandssitzung.

In Sachsen Anhalt werden ab Montag, 29.01. früh von Hanna Kirchner, der IG, und mit Hilfe des Büros der Gleichstellungsbeauftragten der Landeshauptstadt Magdeburg, **INFORMATIONSPAKETE an die 16 Bundesländer, die MinisterpräsidentInnen, an den Bundesrat und Bundestag** versandt: mit den Forderungen, dem Buch "Mütter ohne Wert" und der Ausstellungsbroschüre.

Frau Seefeld aus Halle hatte darauf hingewiesen, dass der **Mitteldeutsche Verlag** die Exemplare von **"MÜTTER OHNE WERT"** für 2,50 EUR das Stück für die Lobbyarbeit zur Verfügung stellt. Frau Seefeld vermittelt die Buchwünsche. Darin sind 13 Fallgeschichten betroffener Frauen sowie ein gutes Nachwort von Frau Seefeld über den Fall und die Forderungen. Sie können Frau Seefeld erreichen unter E-Mail: dseefeld@gmx.de

DIE FORDERUNGEN

Nach: Vereinte Nationen, 66. Sitzung des Menschenrechts- Überprüfungsausschusses des Abkommens über die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW), Abschließende Bemerkungen vom 08.03.2017 (CEDAW/DEU/CO/7-8), Absatz 49, 50, und 55

3

Die Zeit drängt, deshalb sollte, obwohl anders nummeriert, schnellstmöglich zuerst die Entschädigung an alle betroffenen Frauen ausgezahlt werden: da die meisten hochbetagt und mittlerweile um die 80 Jahre alt sind. Bei der Meldung für die Entschädigung sollten Sie dann alle Formalitäten, den Kontakt, die Unterlagen für die individuelle Neuberechnung ihrer Renten (Nachzahlung & Aufbezahlung) einreichen und einleiten können.

I.

- **AUSGLEICHSFONDS** (steuerfinanziert)
- Der Verein hat einen Sitz im Beirat/Begleitgremium des Fonds, nimmt an Sitzungen teil, Mitspracherecht: er soll die am weitesten gehenden Mitwirkungsrechte eingeräumt bekommen (Stimmrecht?)
- Individuellen Berechnung der DDR-Rentenansprüche, welche gestrichen/ nichts anerkannt wurden
- Nachberechnung
- Aus- d.h. einmal Nachbezahlung Jahre ab Eintritt in Rente (außer der Jahre, bei der manche ggf. doch einen Versorgungsausgleich geltend machen (2. Ehe-Scheidung nach Einheitsvertrag)
- -ab Stichtag nach Antrag/ Bewilligung Aufzahlung auf den monatlichen Rentenbetrag

II.

- **ENTSCHÄDIGUNG:** Einmalsumme für unter oder über 28 Jahre (>28<), Jahre XX nach Renteneintritt Unrecht pro Betroffener: denkbar hier auch alternativ als monatlich Anzahl von X Rentenpunkten, ggf. als Optionsrecht (Wahl, was einer jeden Betroffenen als besser erscheint)- müsste fiskalisch nicht dramatisch sein, s. hohes Alter.

- Idee (bc): Der Ausgleichsfonds könnte ähnlich der EVZ zusätzlich langfristig als Stiftung zur frühen Bildung über Rentenmodelle und Rentengerechtigkeit, Monitoringstelle geschlechtergerechte Altersrente mit Beschwerdestelle fungieren, d.h. eine Aufgabe erhalten, die in die Zukunft weist und an die Frauen des Vereins erinnert.

III.

- Die Arbeit des Fonds wird mit einer politischen Debatte und Entschuldigung im Bundestag aufgenommen.

SONDERKONFERENZ DER GFMK

Turnusgemäß übernahm- laut Pressemitteilung (s. Anlage)- Bremens Sozial- und Frauensensorin Anja Stahmann am 1. Januar 2018 den Vorsitz der 28. Frauen- und Gleichstellungsmusterkonferenz (GFMK). Sie wird unter anderem die " die systembedingten RentenNachteile von Frauen mit Erziehungszeiten in der früheren DDR" behandeln: auch wenn das sachlich sehr verkürzt ist - für eine Pressemitteilung, so wird aus Sachsen hier Sachkunde mit einfließen, und das Thema ergänzt werden, ggf. werden wir eingeladen und könne hoffentlich Ihre Thematik exakter ausbreiten. Teile der Ausstellung über Sie sollen dort zudem gezeigt werden. Online finden Sie hier zurzeit die ersten Infos dazu: <https://www.gleichstellungsministerkonferenz.de/> Die Termine sind verschoben worden <https://www.gleichstellungsministerkonferenz.de/Termine.html>

BUNDESTAG

Der von der Linksfraktion im Bundestag eingereichte Antrag, wie von Juni 2017 auf Umsetzung der UN-Forderung, wurde noch nicht behandelt. Sie denken, er werde im Frühjahr in der Debatte sein und informieren dann.

THÜRINGEN

Der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, hat sich in den letzten Wochen in Interviews zur Lösung für die DDR geschiedenen Frauen geäußert, die kommen müsse.

BUNDESRAT

Es wäre gut, parallel eine Bundesratsinitiative zur Seite zu haben. Ich werbe allseits dafür, besonders in Berlin. Da hier die R2G Mehrheit Ihrer Sache nahe steht und daran beteiligt sein will, eine Lösung zu erreichen. So zumindest die drei frauenpolitischen Sprecherinnen von R2G (Formel für: Rot-Rot-Grün) im Abgeordnetenhaus von Berlin im Gespräch mit dem Deutschen Frauenring e.V., der sich für das zeigen der Ausstellung einsetzte, was nun in Umsetzung mit der Senatorin Kolat (SenGPG) ist.

RADIO

Astrid Springer, Autorin der Sendung beim **rbb Kulturradio** "Kulturtermin", vom Dienstag, **05.12.2017, 19.04-19.30 Uhr**: Sendung: "**Beharrlich und unerschrocken. Wie DDR-Geschiedene nach der Wiedervereinigung für Gerechtigkeit gekämpft haben.**" hat ihren Beitrag dem MDR angeboten.

NEUE AUFTRAGGEBER

Es gibt neue Ideen. Im März wird eine Mitarbeiterin der NEUEN AUFTRAGGEBERinnen in New York unter KünstlerInnen sehen, wer interessiert ist. Alexander Koch führte in Berlin Gespräche mit ModemacherInnen. Im Februar treffen wir uns.